Studierendenschaft der Universität Hamburg

Vorlage 2627/**033.01**

- Studierendenparlament -

Wahlperiode 2026/2027 22. Oktober 2026

Änderungsantrag zur Vorlage 2627/033

der Fraktionen „SDS* - Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband und junge Sozialist:innen & Fachschaftsaktive" und „Liste LINKS – Offene AusländerInnenliste * Linke Liste * andere Aktive“

Wer lebt, der kämpft. Solidarität mit den Schüler- und Studierendenprotesten in Frankreich

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Petitum:

Der Anstoß für die aktuellen Proteste von Schüler:innen und Kommiliton:innen in Frankreich waren Proteste von Schüler:innen in Französisch-Guayana am 7. September. Außerdem haben sich am 17. September Schüler:innen aus dem Pariser Vorort Créteil mit den bis dahin erfolglosen Protesten ihrer Lehrkräfte solidarisiert und begonnen ihre Schule zu blockieren. Sie protestieren friedlich gegen marode Schule, Kürzungen im Bildungswesen und eine neoliberale Gesellschaftsordnung, die den Reichtum einiger Weniger stetig wachsenden lässt – auf Kosten der großen Mehrheit der Bevölkerung. Die Polizei versucht den Protest mit Repression und dem Einsatz von brutaler Gewalt einzuschüchtern. Das gelingt ihnen nicht. Hunderttausende Schüler:innen, Lehrer:innen, Kommiliton:innen und Gewerkschafter:innen weltweit haben sich den Protesten in den vergangenen Wochen angeschlossen (U.a. in Belgien, Italien, Griechenland, Albanien, Serbien und Portugal). Gleichzeitig finden Sozial- und Bildungsproteste von Schüler:innen und Kommiliton:innen in Spanien, Aserbaidschan, Indien, Bangladesch, der Mongolei, Nepal, Brasilien, Peru, Chile, Argentinien und den USA statt.

In einem Sofortplan (https://union-etudiante.fr/10mesures/) fordern Schüler- und Studierendengewerkschaften in Frankreich u.a.:

- einen Notfallplan zur Sanierung von Schulen und Hochschulen
- Massive Einstellung von Personal in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Betreuung und Berufsberatung

- Beendigung der Studienplatzvergabe über sozial und rassistisch selektive Plattformen („Parcoursup“ und „Mon Master“). Schaffung von 250.000 Studienplätzen
- Aufstockung der Stipendien und Aufstockung des Wohngelds für alle, den Zugang zu einer Mahlzeit für 1 Euro für alle Studierenden tatsächlich gewährleisten
- Aufhebung der differenzierten Einschreibegebühren für ausländische Studierende und Abschaffung Einschreibegebühr
- Einfrieren der CROUS-Mieten (staatliche Studierendenwohnheime), dauerhafte Beibehaltung der Mietpreisbindung sowie umfassende Renovierung und massiver Neubau von CROUS-Wohnungen
- Beendigung der Repression und der Polizeigewalt gegen die Schüler- und Studierendenbewegung

Die Sozialstaatskürzungen in Frankreich und weiteren Ländern hängen unmittelbar mit der maßgeblich von Deutschland forcierten Austeritätspolitik und Militarisierung in der EU und Weltweit zusammen. Weltweit führen wir denselben Kampf für die Ausfinanzierung von Bildung, Wissenschaft, Gesundheit und Kultur, für eine ausnahmslos auskömmliche staatliche Studienfinanzierung für Alle, für den Ausbau von günstigen und komfortablen Studierendenwohnheimplätzen, für egalitäres Lernen für die Realisierung der UN-Nachhaltigkeitsziele, für die Abschaffung der Wehrpflicht, für zivile, dem Frieden verpflichtete Wissenschaften und für menschenwürdiges Leben weltweit. Rechte werden nicht gegeben, sie werden international solidarisch erkämpft!

Das Studierendenparlament schließt sich den Forderungen der Schüler- und Studierendengewerkschaften in Frankreich an und fordert den AStA auf, die Bündnisarbeit mit Schüler:innen und Gewerkschafter:innen in Hamburg und Bundesweit zu verstärken.

Das Studierendenparlament ruft die Studierendenschaft zur Beteiligung an den Protesten der Schüler- und Studierendenbewegung auf und fordert den AStA auf, dazu öffentlich zu mobilisieren:

- zum bundesweite Aktionstag für Verbesserungen im Bildungssystem, ein bezahlbares Leben und gegen die Einführung der Wehrpflicht am 31.10.2026,
- zum Bundesaktionstag des fzs und der Kampagne „BAföG für Alle“ anlässlich des Weltstudierendentags am 17.11.2026,
- zur Demo im Rahmen des europaweiten Aktionstags gegen Aufrüstung und Wehrpflicht und Bildungs-Kürzungen „Fight for our future, not their wars!“ am 20.11.2026.

- zur Demonstration „Wissen Schafft Zukunft!“ für die Ausfinanzierung der Hamburger Hochschulen am 26.11.2026.

Begründung

Erfolgt mündlich